

Sitzungsvorlage DS 2016/146

Stadtkämmerei
Helmut Nau
(Stand: 19.05.2016)

Mitwirkung:
Rechnungsprüfungsamt

Aktenzeichen: 913.6

**Verwaltungs- und Wirtschaftsaus-
schluss**

öffentlich am 06.06.2016

Gemeinderat

öffentlich am 20.06.2016

Bericht zum vorläufigen Jahresabschluss 2015 der Stadt

Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Zur anteiligen Finanzierung 2015 des ZOB in Ravensburg wird der zweckgebundenen "Stellplatz-Rücklage" eine weitere Rate von 96.821,05 € entnommen.
3. Die Abrechnung der anteiligen Kosten für die Entwässerung von Straßen, Wegen und Plätzen 2015 mit dem Eigenbetrieb Städtische Entwässerungseinrichtungen führt im Vermögenshaushalt zu einer überplanmäßigen Mehrausgabe von 47.158 € (Fipo 2.6300.9500.000/0040). Sie wird abgedeckt durch den im Verwaltungshaushalt geringeren Erstattungsbetrag an den Eigenbetrieb bei Fipo 1.6300.6720.000.
4. Der Gemeinderat stimmt dem vorläufigen Abschluss zu. Über den endgültigen Budget- und Jahresabschluss beschließt er im Zuge der Feststellung der Jahresrechnung 2015 (voraussichtlich im 4. Quartal 2016).
5. In der Finanzplanung 2017 ff. zum Nachtragsplan 2016 ist sicherzustellen, dass die aus FAG-relevanten Verbesserungen im Abschluss 2015 resultierenden negativen Auswirkungen 2017 (Mehrumlagen und Mindereinnahmen) ausgeglichen werden.

Sachverhalt:

1. Haushaltsplan und zwei Nachtragspläne 2015 der Stadt

Aus haushalts- und finanzpolitischer Sicht war das Haushaltsjahr 2015 für den Kämmereihaushalt von bislang einmaliger Natur. Deshalb wird die finanzielle Entwicklung dazu in den letzten 18 Monaten noch einmal aufgezeigt.

Der Gemeinderat hat am 08.12.2014 die Haushaltssatzung beschlossen. Die Gesamthematik "WGV" war noch nicht berücksichtigt. Am 02.02.2015 hat der Gemeinderat dem verhandelten **Vergleich** zur Zerlegung der Gewerbesteuer 2005 bis 2024 der **WGV Holding AG** zugestimmt. In einem 1. Nachtragsplan mussten schnell die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug des Vergleichs, d. h. für die Steuerrückzahlung (mit Verzinsung) von rund 25.000.000 € zum 01.04.2015 geschaffen werden. Der Gemeinderat hat am 02.03.2015 den **1. Nachtrag 2015** mit folgenden **Eckpunkten** beschlossen:

- Reduzierung Ansatz Gewerbesteuer um 27.000.000 € auf 11.000.000 €
- Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer um 13 Punkte auf 363 v. H.
- negative Zuführungsrate vom Vermögenshaushalt 12.450.000 €
- Verschlechterung Zuführungsrate um insgesamt 21.000.000 €
- Entnahme aus angesammelter Risikovorsorge-Rücklage von 5.000.000 €
- Fehlbetrag im Vermögenshaushalt von 16.000.000 €
- Ausgleich Fehlbetrag 2017 über die FAG-Ausgleichsmechanismen
- Kassenkreditrahmen steigt auf 31.000.000 € (bislang 8.000.000 €)

Ergänzend hat der Gemeinderat am 23.03.2015 ein weiteres Paket zur **Haushaltskonsolidierung** mit einem zusätzlichen Einsparpotential an Sach- und Personalkosten von zusammen 550.000 € beschlossen. Das Gesamtvolumen aller seit 2013 beschlossenen und ab 2014 ff. kurz- und mittelfristig wirksamen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung (incl. Erhöhung Hebesatz der Gewerbesteuer und um einen Prozentpunkt reduzierter Hebesatz Kreisumlage 2015 und 2016) summiert sich auf einen Jahreswert von bis zu 3.000.000 €.

Das Regierungspräsidium hat mit Erlass vom 16.03.2015 den höheren Kassenkreditrahmen genehmigt, der Steuervergleich konnte damit vollzogen werden. Verlangt wurde, dass die Stadt noch vor der Sommerpause einen 2. Nachtrag vorlegt, in dem die mittelfristigen Auswirkungen der Zerlegungsvereinbarung und die finanzpolitischen Entscheidungen der Stadt dazu in einer aktualisierten Finanzplanung abgebildet und beschlossen werden.

Am 13.07.2015 hat der Gemeinderat den **2. Nachtrag 2015** mit neuer Finanzplanung bis 2019 mit folgenden **Eckpunkten** beschlossen:

- Erhöhung Gewerbesteueransatz (netto 3.300.000 €)
- Verbesserung **Verwaltungshaushalt** insgesamt 3.850.000 €
entspricht Reduzierung negative Zuführungsrate
- Verbesserung **Vermögenshaushalt** insgesamt 1.350.000 €

- **Gesamtverbesserung** **5.200.000 €**
- ermöglicht **Teilreduzierung Fehlbetrag** um **5.200.000 €**
- Kreditermächtigung bleibt unverändert bei 1.500.000 €
(damit **keine Neuverschuldung** 2015)
- leicht reduzierte Verpflichtungsermächtigungen 16.730.000 €

Für die **Finanzplanung** bis 2019 wurden folgende **Eckpunkte** beschlossen:

- Verbesserungen im Unterabschnitt 1.9000 (Finanzausgleich und Steuern) reduzieren den Fehlbetrag oder erhöhen die allgemeine Rücklage
- vollständiger Abbau des Fehlbetrages im Jahr 2017
- Ausgleich der negativen Zuführungsrate 2019 über eine zweckgebundene Zuführung zur allgemeinen Rücklage im Jahr 2017
- die beiden Großprojekte "Verwaltungsstandorte" und "Generalsanierung der Gymnasien" sind bis 2018 bzw. 2019 abschließend finanziert

Im Ergebnis wurde die negative Zuführungsrate an den Verwaltungshaushalt auf 8.600.000 € reduziert und der Fehlbetrag auf 10.800.000 € abgebaut, dies bei unverändertem Verzicht auf neue Schulden im Kämmereihaushalt 2015.

Die in Höhe von 15.000.000 € erwarteten Gewerbesteuererinnahmen führen zu einer Steuerkraftmesszahl der Stadt im FAG, die unter der Sockelgarantie für finanzschwache Gemeinden liegt. Dies führt zu Ausgleichszuführungen des Landes von rund 750.000 €, die in der Finanzplanung 2017 veranschlagt sind.

Über die voraussichtliche Entwicklung der städtischen Finanzen bis Ende 2015 wurde der Gemeinderat am **22.11.2015** in **Weißenu** im Rahmen der Informationsveranstaltung zum Haushalt 2016 informiert. Damals schien es realistisch, dass der **Verwaltungshaushalt 5.000.000 €** besser abschließt als geplant. An Gewerbesteuererinnahmen wurden 18.500.000 € unterstellt (plus 3.500.000 €), aus Schlüsselzuweisungen und anteiliger Einkommensteuer zusammen weitere Mehreinnahmen von 220.000 €. Minderausgaben im Personalbereich waren mit insgesamt 380.000 € prognostiziert, zusätzlich dazu Budgetverbesserungen mit einem Gesamtvolumen von weiteren 900.000 €. Besonders darauf hingewiesen wurde, dass sich durch die FAG-relevanten Mehreinnahmen 2015 (Gewerbe- und Einkommensteuer, Finanzausgleich) und über eine vom Finanzamt für 2016 angekündigte Steuerrückzahlung für die Jahre 2001 bis 2010 (mit Steuerverzinsung) für die Stadt **2016/2017** ein Belastungspotential von bis zu 5.000.000 € ergibt. Dies gilt es zu berücksichtigen und in der Haushaltsplanung 2016 ff. entsprechend Vorsorge zu treffen.

Im **Vermögenshaushalt** schienen weitere Verbesserungen von **1.500.000 €** möglich, insbesondere aus der Nachholung von Erschließungsbeiträgen.

Zur Umsetzung der prognostizierten **Gesamtverbesserung von 6.500.000 €** wurden verschieden Optionen genannt. Ein schnellerer Abbau des Fehlbetrages, eine Rücklagen-Entlastung durch Verzicht auf die geplante Entnahme, oder ein "Mix" aus beiden Maßnahmen. Eine abschließende Entscheidung zu

Fehlbetrag und Rücklage ist aber erst in Kenntnis der Gesamtverbesserung und deren Zusammensetzung möglich.

2. Eckdaten vorläufiger Abschluss (Stand 17.05.2016)

Der Stand der Abschlussarbeiten Mitte Mai erlaubt Aussagen zum vorläufigen Abschluss mit einer Bandbreite von +/- 100.000 €. Insbesondere der Steuerabschluss ist noch nicht fertig (bisheriges Haushaltvolumen 166,5 Mio. €).

- **Verwaltungshaushalt** (gerundet)

Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt	100.000 €
entspricht Ergebnisverbesserung von	<u>8.700.000 €</u>
davon:	
○ Verbesserung UA 1.9000 (Steuern, FAG)	4.840.000 €
○ Verbesserungen Personalbereich insgesamt	420.000 €
○ sonstige Minderausgaben in den Budgets	1.960.000 €
○ sonstige Mehreinnahmen in den Budgets	1.480.000 €

- **Vermögenshaushalt** (gerundet)

○ Verbesserung Zuführungsrate	8.700.000 €
○ Minderausgaben (Hoch-/Tiefbau, Sanierung)	1.000.000 €
○ Verbesserung Grundstücksbilanz Epl. 8	130.000 €
○ Mehreinnahmen Erschließungsbeiträge	920.000 €
○ allgemeine Verbesserungen saldiert	<u>350.000 €</u>
Ergebnisverbesserung insgesamt	11.100.000 €

- **Umsetzung Ergebnisverbesserung:**

○ vorzeitige Reduzierung Fehlbetrag wichtig wegen den FAG-Wirkungen 2017 (!)	6.100.000 €
○ keine Entnahme aus allgemeiner Rücklage	5.000.000 €

- **Verschuldung** im Kämmereihaushalt

○ Stand 31.12.2014	27.624.000 €
○ Stand 31.12.2015	<u>27.310.000 €</u>
damit Entschuldung 2015	314.000 €

- **allgemeine Rücklage**

○ allgemeine Rücklage am 31.12.2014:	9.316.000 €
keine Rücklagenentnahme 2015	0 €
minus gesetzlicher Mindestbestand 2016	<u>- 3.016.000 €</u>
Zwischensumme	6.300.000 €
Entnahme 2019 Ausgleich Umlagen	<u>- 1.000.000 €</u>
○ allgemeine Rücklage am 31.12.2015	5.300.000 €

- **Finanzthemen Nachtrag 2016 und Finanzplanung 2017 ff.:**
 - Ausgleich der 2015 FAG-relevanten Mehreinnahmen in 2017
 - Hebesatz der Kreisumlage in den kommenden Jahren
 - Brandschutzmaßnahmen Rathaus- und Schulgebäude
 - Anschlussunterbringung und Asyl

- Verkaufserlöse bebaute und unbebaute Grundstücke
- städtischer Wohnungsbau
- Eigenbetrieb Stadtwerke

3. Verwaltungshaushalt

Die **Zuführung** zum Vermögenshaushalt beträgt voraussichtlich **100.000 €**. Im Vergleich zur geplanten negativen Zuführungsrate an den Verwaltungshaushalt von 8.600.000 € beträgt die Ergebnisverbesserung rund **8.700.000 €**.

Die Gesamteinnahmen im **Unterabschnitt 1.9000** liegen bei 78.040.000 €. Vor allem wegen den höheren Einnahmen aus der Gewerbesteuer und den FAG-Zuweisungen (anteilig knapp 4.600.000 €) werden die veranschlagten Gesamteinnahmen um knapp **4.840.000 €** deutlich überschritten. Zu beachten ist dabei, dass durch die anteiligen FAG-relevanten Verbesserungen dann im Jahr 2017 Mindereinnahmen aus Schlüsselzuweisungen und Mehrausgaben für die Umlagen an Land und Landkreis von rund 3.100.000 € konkret entstehen. Bei der Haushaltsplanung 2017 ist dies ausreichend zu berücksichtigen.

Die veranlagte **Gewerbesteuer** 2015 schließt mit knapp 18.850.000 €, damit 3.850.000 € mehr als geplant. Das am 20.11.2015 in Weißenau prognostizierte Ergebnis von 18.500.000 € wird damit leicht überschritten. Gegenläufig wurden knapp 100.000 € mehr an Gewerbesteuerumlage bezahlt.

Die **Einkommensteuer** war auf der Grundlage des Haushaltserlasses des Landes mit 26.000.000 € veranschlagt. Berücksichtigt war auch die zeitversetzte Abrechnung der Gewerbesteuer 2014 in 2015. Eingenommen wurden insgesamt 25.960.000 €, das Ergebnis entspricht einer Punktlandung.

Auch die Einnahmeerwartungen aus dem kommunalen **Finanzausgleich** wurden aus den Prognosen im Haushaltserlass des Landes ermittelt. Durch eine späte und deutliche Anhebung der Kopfbeträge 2015 für die Schlüsselzuweisungen und die Investitionspauschale mit der 4. Abschlagszahlung vom 27.11.2015 ergeben sich Mehreinnahmen von insgesamt knapp 740.000 €.

An Einnahmen aus der Vergnügungs-, Zweitwohnungs- und Hundesteuer waren insgesamt 1.070.000 € veranschlagt. Eingenommen wurden 1.235.000 €. Aus deutlich höheren Umsatzzahlen resultieren bei der **Vergnügungssteuer** Mehreinnahmen von 165.000 €. Allein aus dieser Steuer wurden 1.055.000 € eingenommen.

Für **Personalausgaben** waren insgesamt mit 25.182.000 € veranschlagt. Ausgegeben wurden 24.760.000 €, damit 422.000 € weniger als geplant. Über die Vermittlung von Rückkehrerinnen und von allen Auszubildenden auf freie Stellen konnte ein wesentlicher Beitrag zur Kosteneinsparung erzielt werden. Die teilweise Umsetzung der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltskonsolidierung mit Auswirkungen im Personalbereich 2015 und Minderausgaben weniger größerer Einzelfälle haben ebenfalls zu nennenswerten Einsparungen geführt. Die Personalkosten sind jeweils Teil der einzelnen Budgetabschlüsse.

Die restlich verbleibenden Budgetverbesserungen von 3.440.000 € betreffen zu 57 % geringere Ausgaben und zu 43 % höhere Einnahmen.

4. Vorläufiger Budgetabschluss 2015 Verwaltungshaushalt

Bei 10 der 141 Budgets im Verwaltungshaushalt ergaben sich im Einzelfall Mehrbelastungen größer 25.000 € (Mindereinnahmen und Mehrausgaben) mit zusammen 1.020.000 €. Bei Abweichungen ab 25.001 € ist der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss, ab 100.001 € der Gemeinderat zuständig.

UA		Abmangel (rund)	Begründung
1.0220	Personaldienste	44.000	der Ansatz Personalkosten wurde pauschal und zentral im 2. Nachtrag im UA 1.0220 um 200.000 € reduziert (422.000 € Minderausgaben im VwH)
1.0340	Abgabewesen	225.000	geringere Erstattungsinsen aus Gewerbesteuer-Veranlagungen des Finanzamtes für frühere Steuerjahre
1.3000	Kulturverwaltung	32.000	insbesondere höhere Personalausgaben (26.000 €) und Sachausgaben für die Kulturkonzeption
1.3050	Kulturarbeit	35.000	10.000 € Mindereinnahmen, Mehrausgaben Plakatierung (7.000 €) und Veranstaltungen Kinder und Jugendliche (18.000 €)
1.3220	Kunstmuseum	78.000	weniger Eintrittsgelder (70.000 €) und höhere Ausgaben für Wechselausstellungen und Versicherungen
1.5800	Grünflächen	185.000	höhere Betriebshofleistungen (Minderleistungen im Bereich "Straßen" von rund 155.000 €)
1.6135	Technischer Umweltschutz	26.000	Kosten Rechtsverfahren Mobilfunk-turm Weststadt
1.7210	Abfallbeseitigung	310.000	Rechnungsabgrenzung bis 2015 aufgelaufene Gebührenüberschüsse (Gemeinderat 29.02.2016)
1.7671	Konzerthaus	47.000	Mindereinnahmen (37.000 €) Saalmieten und Mehrleistungen Betriebs-hof (19.000 €)
1.7718	Ortsbauhof Taldorf	38.000	Mindereinnahmen (11.000 € wegen geringerem Winterdienst) und höhere Sach-/Personalausgaben (27.000 €)
	insgesamt	1.020.000	

Alle Mehrbelastungen werden durch Minderausgaben in anderen Budgets aufgefangen (geringere Verwaltungs-, Betriebs- und Bewirtschaftungskosten). Zu beachten sind auch die Verschiebungen bei den Betriebshofleistungen.

Mit dem RPA ist seit Jahren abgestimmt, bei der Ermittlung der Budgetergebnisse alle nicht kassenwirksamen und damit neutralen Vorgänge auszubilden (Verwaltungskosten, kalkulatorische Kosten, "innere Verrechnungen).

5. Vermögenshaushalt

Bei den **Grundstücksgeschäften** im Einzelplan 8 (bebaut und unbebaut) war ein Einnahmeüberschuss von 5.480.000 € eingeplant. Das Ergebnis liegt bei 5.610.000 €, die Planung wird um 130.000 € überschritten (anteilige Minderausgaben von 760.000 € und Mindereinnahmen von 630.000 €).

Aus **Erschließungs- und Ablösebeiträgen** (im UA 2.6301) wurden rund 1.720.000 € eingenommen, dies entspricht Mehreinnahmen von 920.000 €. Überwiegend handelt es sich um zeitversetzte Beitragsveranlagungen (aus 2014), darüber wurde der Gemeinderat bereits in Weißenau informiert.

Für die städtischen Bauinvestitionen (**Hoch- und Tiefbau, Stadtsanierung**) sind zusammen rund **12.934.000 €** angefallen (einschließlich der vom Gemeinderat am 09.05.2016 beschlossenen Übertragung von Haushaltsresten). Damit wurden 2015 knapp **1.000.000 € weniger** ausgegeben als geplant.

Die anteiligen **Hochbauinvestitionen** summieren sich auf **7.610.000 €** und liegen damit 480.000 € unter der Planung. Schwerpunkte sind vor allem die Verwaltungsgebäude (2.740.000 €), die Schulgebäude (2.350.000 €), die Maßnahmen für die Anschlussunterbringung Asyl (900.000 €), die Sanierung von Kindergärten und Kindertageseinrichtungen (855.000 €) und der Neubau des Familientreffs Weststadt/"Momo`s Kinderwelt" (550.000 €).

Für die städtischen **Tiefbauinvestitionen** an Straßen, Gewässern und Spielplätzen wurden insgesamt **3.490.000 €** aufgewendet (rund 30.000 € mehr als geplant). Die Mehrausgabe beim Straßenbau in Eschach von 60.000 € wurde vom Ortschaftsrat am 23.06.2015 genehmigt. Schwerpunkte sind der allgemeine und der beitragspflichtige Straßenbau (2.590.000 €), der Bau des Serpentinweges zur Veitsburg (330.000 €) und die Herstellung/Erweiterung von Spielplätzen (260.000 €).

Das Bauvolumen in allen städtischen **Sanierungsgebieten** (UA 2.6151 ff.) summiert sich auf **1.834.000 €**, damit rund 550.000 € weniger als eingeplant. Die Eigenfinanzierungsanteile der Stadt zu den Sanierungsgebieten betragen insgesamt knapp 330.000 € (Unterabschnitt 2.6150). Mit je 1.000 € der Stadt wird ein Investitionsvolumen von 5.500 € ausgelöst. Die geringeren Ausgaben resultieren vor allem aus zeitversetzten Bau- und Grunderwerbsvorhaben in den verschiedenen Sanierungsgebieten. Diese Investitionen werden in den kommenden Jahren jeweils nachgeholt.

Auf den ersten Blick weichen die Ausgaben für Bauinvestitionen, Sanierungsmaßnahmen, Erschließungsvorhaben und Investitionszuschüsse sowie die Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen, Zuschüssen und Zuweisungen teilweise deutlich von den Ansätzen ab. In der Regel sind aber die Ausgaben

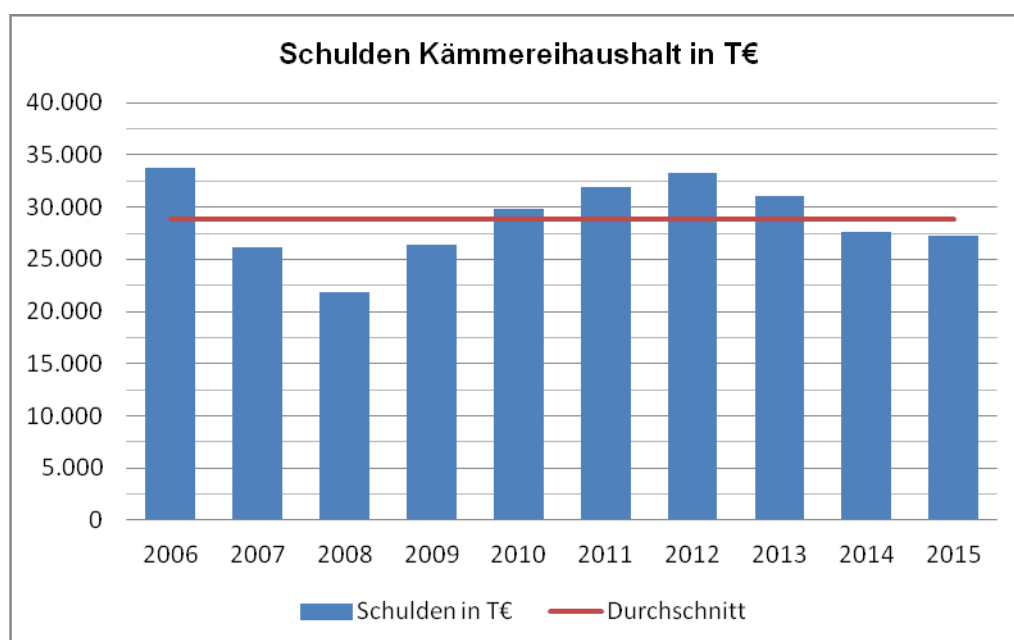
und Einnahmen über Projekte eng verzahnt, d. h. Zeitverschiebungen wirken sich auf beide Bereiche aus. Saldiert ergibt sich eine Nettoverbesserung über alle Investitionen und zweckgebundenen Einnahmen hinweg von 1.250.000 €.

An den Eigenbetrieb Städtische Entwässerungseinrichtungen sind für dessen Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen im Kanalbereich anteilige Kosten für die Entwässerung von Straßen, Wegen und Plätzen zu bezahlen. Insgesamt waren im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2015 an Erstattungen der Stadt 620.000 € eingeplant. Die Abrechnung des Eigenbetriebs liegt bei 585.000 €, damit 35.000 € weniger als geplant. Bei der Haushaltsplan-Zuordnung gibt es allerdings Änderungen, die zu einer überplanmäßigen Mehrausgabe von 47.158 € bei Fipo 2.6300.9500.000/0040 führen. Diese kann abgedeckt werden durch die im Verwaltungshaushalt bei Fipo 1.6300.6720.000 bezahlte geringere Erstattung an den Eigenbetrieb (Einsparung 82.000 €).

6. Kredite Kämmereihaushalt

Ende 2015 betragen die Schulden im Kämmereihaushalt **27.310.000 €**, damit 314.000 € weniger als am Jahresbeginn. Dies sind je Einwohner 553 € (laut StaLa 49.404 Personen am 31.06.2015). Der **Durchschnittszins** sinkt von 2,8 % im Vorjahr auf **2,37 %** in 2015.

Im Haushaltsjahr wurden 1.420.000 € ordentlich getilgt. Neu aufgenommen wurden 357.500 € für die Sanierung der Gymnasien (Zinssatz 0,05 %) und 750.000 € (Zinssatz 0 %) für die "Anschlussunterbringung Florianstraße". Die verbleibende Kreditermächtigung von 392.500 € wurde durch Beschluss des Gemeinderates vom 09.05.2016 als Haushaltseinnahmerest nach 2016 vorgetragen für die laufenden Projekte. Dieser Betrag wird erst mit dem Geldeingang im Folgejahr beim Schuldenstand berücksichtigt.



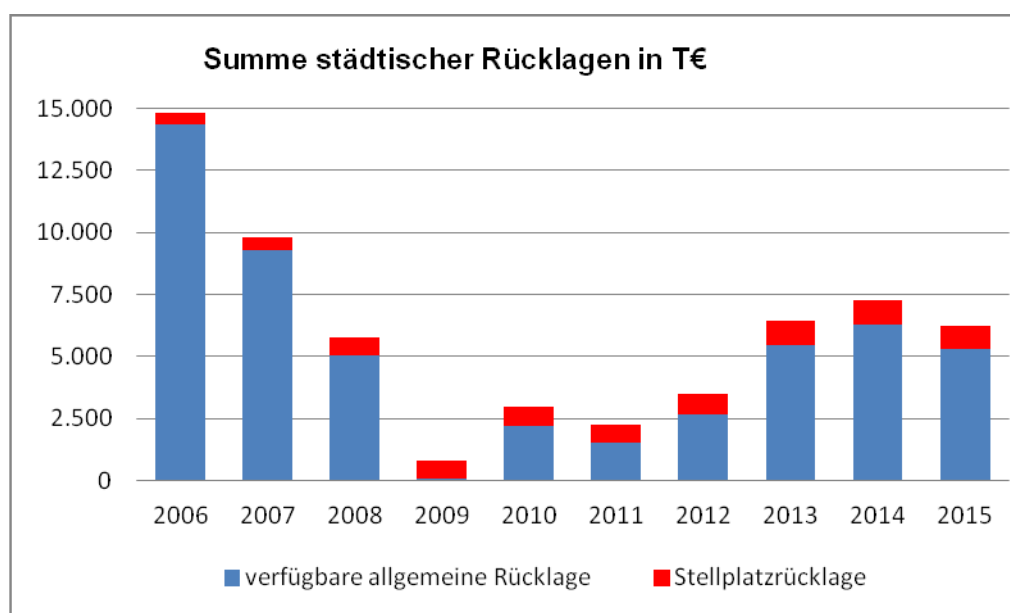
Der durchschnittlichen Schulden im Kämmereihushalt der letzten 10 Jahre liegen bei rund 28.900.000 €.

7. Rücklagen

In der **allgemeinen Rücklage** sind am 31.12.2014 **9.316.000 €** gebucht. Der Rücklage sollen laut 2. Nachtrag 2015 bis zu 5.000.000 € (wegen der "WGV" als Risikovorsorgerücklage angesammelt) zur Reduzierung des Fehlbetrages entnommen werden. Durch die deutlichen Verbesserungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt kann der Fehlbetrag 2015 vorzeitig um 6.100.000 € abgebaut werden, dies ohne dabei auf die Rücklage zugreifen zu müssen. Der Bestand der Rücklage bleibt damit zunächst unverändert.

Abzüglich des Mindestbetrags von rund 3.016.000 € für die Kassenliquidität 2016 und der 2019 geplanten Entnahme (Ausgleich hoher Umlagebelastung Land und Landkreis) stehen auf der Grundlage der aktuellen Haushalts- und Finanzplanung 2016 bis 2019 rund 5.300.000 € für den Ausgleich der FAG-wirksamen Mehreinnahmen 2015 (in 2017), der Belastungen durch den WGV-Vergleich bis 2019 sowie für die vorgenannten Finanzthemen (letzter Absatz zu Ziffer 2) zur Verfügung.

Über den Mitteleinsatz der allgemeinen Rücklage entscheidet der Gemeinderat mit der Nachtragsplanung 2016 bzw. im Rahmen der Haushalts- und Finanzplanung 2017 bis 2020, dies insbesondere in Kenntnis der aktuellen Steuereinnahmen der Stadt, der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2016 und den FAG-Ausgleichsmechanismen in den Jahren 2017 bis 2020.



Die **Stellplatzrücklage** hat sich 2015 netto um knapp 72.000 € reduziert (eine entsprechender Beschluss unterstellt). Aus eingenommenen Stellplatzablösebeträgen wurden 25.000 € zweckgebunden zugeführt, zur weiteren Finanzierung (GMS) des zentralen Omnibusbahnhofes in Ravensburg wurde knapp 97.000 € benötigt. Damit beträgt die Rücklage Ende 2015 knapp **924.000 €**.